

04.06.2020

Pressesprecherin:
Kristina Fabijancic-Müller
Telefon +49 711 22572-34
Mobil +49 160 97272863
kristina.fabijancic-mueller@gemeindetag-bw.de

Gemeindetag begrüßt Konjunkturpaket

Ein starkes Signal für die Städte und Gemeinden im Land

„Für die Städte und Gemeinden sind wichtige Beschlüsse gefasst worden“, so Präsident Roger Kehle vom baden-württembergischen Gemeindetag, „die kurzfristig Wirkung zeigen können. Der Kompromiss auf Bundesebene ist ein starkes Zukunftspaket und enthält Komponenten, die die Kommunen gefordert haben“.

Hervorzuheben sei, dass sich der Bund dazu verpflichtet habe, Steuerverluste der Städte und Gemeinden auszugleichen. Es gehe allerdings nicht ausschließlich um eine Kompensation der Gewerbesteuer ausfälle, da auch bei den Gemeinde-Anteilen aus der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer Verluste erwartet werden.

Ausdrücklich begrüßt der Kommunale Landesverband mit 1.064 Mitgliedsstädten und -gemeinden die Entscheidungen zugunsten einer zukunftsfähigen Mobilität. Als Beispiel nennt der Gemeindetag die Erhöhung der Regionalisierungsmittel für den ÖPNV sowie die Stärkung der Investitionen in den Schienenverkehr. Das klare Bekenntnis zum Ausbau von Glasfaser und der Mobilfunkinfrastruktur sei zu unterstützen. Entscheidend für den Erfolg werde allerdings sein, dass die Bevölkerung den Ausbau akzeptiere und unterstütze.

Die Erhöhung der Investitionsmittel im Bereich Kinderbetreuung, Ganztageschule und Sportstättenbau sei eine Forderung, die der Gemeindetag schon seit längerem erhoben habe. „Es ist höchste Zeit, dass der Bund dafür Mittel bereitstellt, damit der weitere Ausbau vorangetrieben werden kann“. Grundlage für den Erfolg müsse ein möglichst unbürokratisch aufgebautes Förderprogramm sein, das schnell greifen könne.

Die Aufhebung der Deckelung beim Ausbau der Photovoltaik werde die richtigen Impulse setzen.

Aus baden-württembergischer Sicht sei es die richtige Entscheidung, die Altschuldenfrage von diesem Corona-bedingten Konjunkturprogramm zu trennen. „Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun“, erklärt Präsident Roger Kehle, der diese Ansicht auch auf Bundesebene bereits vertreten hat. Baden-Württemberg habe in den letzten Jahrzehnten gut gewirtschaftet und würde von einer Altschuldenregelung nahezu nicht profitieren.

Fazit: Das Konjunkturpaket des Bundes ist nun die Grundlage für die weiteren Gespräche mit der Landesregierung. Da wird es insbesondere darum gehen, die Städte und Gemeinden in die Lage zu versetzen, die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel auch tatsächlich abrufen zu können. „Denn ohne die Investitionen der Kommunen wird der Konjunkturmotor im Land nicht anspringen“, ist sich Präsident Roger Kehle sicher.